

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
13. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
04.11.2010

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 04.11.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.02.2010 aus öffentlicher Sitzung
3. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
hier: Bebauungsplan Nr. 106 St. Rochus, Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
4. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
5. Erlass einer "Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg" -Hebesatzsatzung-
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.02.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 10.1 Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -

hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtmann Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Tagesordnungspunkt Erlass einer „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg“ - Hebesatzsatzung – bis zur kommenden Sitzung zurückgestellt worden sei. Er schlage daher vor, diesen Tagesordnungspunkt heute ebenfalls bis zur kommenden Ratssitzung zurückzustellen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 5 Erlass einer „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg“ - Hebesatzsatzung -wird bis zur kommenden Sitzung des Rates im Dezember zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion B90/DIE GRÜNEN am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 16.09.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.02.2010 aus öffentlicher Sitzung

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, unter Punkt 21 heiße es „unter Beachtung des Ratsbeschlusses [...]“; er hoffe, dass das Herbizid auch unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften angewendet worden sei. Er habe Meldungen aus der Bürgerschaft vernommen, dass teilweise ohne Schutzbekleidung und in der Nähe von Passanten das Herbizid ausgebracht worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er habe ebenfalls von den Beschwerden gehört und diese entsprechend an das Fachamt weitergegeben. Genaueres werde er noch mitteilen.

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 04.02.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne weitere Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

**3. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
hier: Bebauungsplan Nr. 106 St. Rochus, Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Beschluss:

Die Dringliche Entscheidung zum Bebauungsplan Nr. 106 – St. Rochus – wird genehmigt (die Dringliche Entscheidung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**4. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.5 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentli-

cher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.8 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 106 – St. Rochus - wird beschlossen.
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 106 – St. Rochus - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5. Erlass einer "Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg" -Hebesatzsatzung-
-

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

6. Erweiterungen zur Tagesordnung
-

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

7. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
-

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass der Bürgermeister und Vertreter der Verwaltung am 22.11.2010 ins Kreishaus eingeladen seien. Dort finde bezüglich der finanziellen Lage ein Gespräch gemeinsam mit der Kommunalaufsicht und der Bezirksregierung Köln statt.

Weiterhin teilte er mit, dass am 05.12.2010 um 18 Uhr in der Lohnhalle des CMC der Projekt- und Gospelchor der Neuapostolischen Kirche aufträte und hierzu auch alle Ratsmitglieder herzlich eingeladen seien.

Anfragen

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte nach dem Antwortschreiben auf das Schreiben des Landrates vom 12.10.2010 bzgl. der Genehmigung zur Aufnahme von Krediten. In dem Schreiben des Landrates sei eine Frist zur Äußerung bis zum 27.10.2010 gesetzt worden und er würde gerne wissen, wie sich die Stadt geäußert habe. Er bat, das Schreiben zur Kenntnis zu

erhalten.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dies werde der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, die SPD-Fraktion habe in der letzten Sitzung eine Anfrage bzgl. der Errichtung von Buswartehäuschen auf der Marienstraße gestellt und bisher noch keine Antwort erhalten.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, man habe zwischenzeitlich mit den Geschäftsführern der West gesprochen, ein abschließendes Ergebnis liege jedoch noch nicht vor. Er hoffe recht bald auf eine Antwort und werde diese unmittelbar dem Rat mitteilen.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Fragen zu dem eingeholten Hotelgutachten gestellt. Heute wolle er die gleichen Fragen zu zwei weiteren Projekten stellen, nämlich zum Heidenaturpark und zum grenzüberschreitenden Tigerprojekt. Die Fragen lauten

- mit welchen Kosten sind diese Projekte verbunden?
- liegt eine Entscheidung eines Gremiums zugrunde?
- sind die Ausgaben mit § 82 GO vereinbar?

Dezernent **Gatzen** antwortete, beide Projekte habe er in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing kurz vorgestellt. Dort habe er auch versprochen, für die kommende Sitzung des Ausschusses ausführliche Sitzungsvorlagen zu erstellen. Auch werde er dann die einzelnen Fragen beantworten können.

Stadtverordneter **Weißborn** betonte, dass es sich bei beiden Projekten um freiwillige Aufgaben handele.

Anfrage der Fraktion 90/DIE GRÜNEN

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, zum 01.01.2011 gebe es einen Wechsel der ARGE zum JobCenter. Er würde gerne wissen, ob dies Auswirkungen auf das Personal habe und wie sich dies für die Hilfebedürftigen in Übach-Palenberg darstelle. Behalten diese ihre Sachbearbeiter? Gebe es eine Zusammenlegung der JobCenter Übach-Palenberg und Geilenkirchen? Weiterhin würde er gerne wissen, wie sich Übach-Palenberg zur Entscheidung, ob der Kreis Heinsberg ab 2012 Optionskommune werden soll, geäußert habe.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, es sei richtig, dass es im Kreis Heinsberg zukünftig 4 zentrale Stellen geben werde, in denen die Hilfebedürftigen betreut werden. Übach-Palenberg und Geilenkirchen werden somit als ein Standort zusammengelegt. Ob als Standort Übach-Palenberg

oder Geilenkirchen gewählt werde, stehe noch nicht fest. Die Entscheidung hierzu treffe der Kreis in engen Gesprächen mit den beiden Städten. In Bezug auf die Optionskommune haben alle Bürgermeister des Kreises sich dagegen ausgesprochen, der Kreistag habe jedoch dafür gestimmt; ob der Kreis allerdings den Zuschlag hierfür erhalte, sei noch nicht geklärt.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** ergänzte, dass die ARGE bis zum 31.12.2010 befristet sei. Vor 5 Jahren habe man allen Kollegen aus dem Rathaus, die für die ARGE eingesetzt wurden, die Zusicherung gegeben, dass sie Ende 2010 einen Anspruch haben, wieder ins Rathaus zurückkehren zu können. Allen Kollegen sei jedoch klar, dass nicht alle gleichzeitig die ARGE verlassen können, da dann die Arbeit nicht mehr sichergestellt werden könne. Also habe man sich mit ihrem Einverständnis geeinigt, dass nach und nach eine Rückkehr ins Rathaus erfolgen werde. Der Kreis Heinsberg habe angeboten, alle Kollegen aus der ARGE zu übernehmen. Bisher habe dies aber von den Festangestellten keiner gewollt. Für diejenigen mit Vertragsende zum 31.12.2010 sei bereits eine Übernahme vom Kreis zum 01.01.2011 erfolgt.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man sowohl für das Personal als auch für die Räumlichkeiten einen geldmäßigen Ersatz von der ARGE erhalte. Er würde gerne wissen, wenn 6 Mitarbeiter nun zurück ins Rathaus kommen, was dies koste.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, wenn in seiner Vorgängerzeit Vereinbarungen über die Rücknahme der Kollegen getroffen worden seien, werde er diese Vereinbarung nicht brechen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er wolle auch nur die Zahl genannt bekommen, wie sich der Haushalt deshalb verschlechtern werde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, vor 5 Jahren habe man mit erheblichen Einschnitten für die interne Personalbesetzung vor dem Hintergrund, dass zusätzliche Einnahmen fließen, Personal in die ARGE zugewiesen. In den letzten 5 Jahren habe man kein Personal mehr neu eingestellt. Jetzt, durch die Rückkehr der Kollegen ins Rathaus, können offene Aufgaben (hier verweise er auf den GPA-Bericht) erledigt werden. Er weise auch darauf hin, dass man richtigerweise in dem Zusammenhang nicht von entstehenden Kosten, sondern vom Wegfall von zusätzlichen Einnahmen sprechen müsse. Insgesamt gebe es einen Wegfall von zusätzlichen Einnahmen zwischen 400 und 500 Tausend €/Jahr (hier seien sowohl Personal- als auch Sachkosten enthalten).

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er wolle auch lediglich nur ganz neutral eine Zahl wissen ohne diese zunächst zu werten.

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 18.38 Uhr und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.50 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin